

# **Alterssicherung**

**- gerecht und verlässlich -**

**Beschluss des CSU-Parteivorstands**

9./10. September 2016, Schwarzenfeld

Für alle Rentner von heute und morgen ist unser Ziel: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter ausreichend versorgt sein. Dafür muss das erwartete Absinken der gesetzlichen Rente aufgefangen werden. Dies gelingt nur, wenn alle drei Säulen unserer Alterssicherung – gesetzliche Rente, betriebliche und private Altersvorsorge – funktionieren. Wir wollen nicht hinnehmen, dass immer mehr Rentner auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Stattdessen wollen wir die gesetzliche Rente und die betriebliche wie private Altersvorsorge stärken. Als oberstes Gebot gilt: Die Rente muss für alle Generationen – Kinder, Beitragszahler und Rentner - gerecht, berechenbar und zuverlässig sein.

### **Wer Kinder großzieht, soll beim Rentenbeitrag entlastet werden.**

Eltern leisten durch ihre Kinder den wichtigsten Beitrag für die Zukunft unseres Rentensystems. Dies ist bisher beim Rentenbeitrag nicht ausreichend berücksichtigt. Es ist nicht fair, dass Eltern in der Phase der Kindererziehung durch ihre Rentenbeiträge zusätzlich belastet werden. Deshalb wollen wir Eltern während der Kindererziehung durch einen Kinderbonus bei den Beiträgen zur Rentenversicherung entlasten.

### **Mütter haben eine bessere Rente verdient.**

Die CSU hat mit der Einführung der Mütterrente bereits für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit im Alter gesorgt. Mit einem zweiten Kindererziehungsjahr in der Rente für Geburten vor 1992 haben wir einen ersten Schritt getan. In der nächsten Stufe wollen wir noch mehr Gerechtigkeit für die Mütter, die ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht haben. Auch sie sollen künftig ein drittes Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Ebenso steht Ihnen ein Kinderzuschlag zu. Er federt das meist niedrige Teilzeitgehalt der Mutter bis zum 10. Lebensjahr des Kindes ab. Damit erreichen wir eine vollständige Gleichstellung der Kindererziehungsleistungen von Müttern. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Wertschätzung für unsere Mütter. Kinder dürfen kein Risiko für Altersarmut sein. Es gibt keinen wichtigeren Beitrag für die Zukunft unseres Rentensystems, als Kinder auf die Welt zu bringen und großzuziehen. Deshalb ist es nur gerecht, allen Müttern zu mehr Sicherheit im Alter zu verhelfen. Gerechtigkeit für unsere Mütter ist ein Anliegen der Allgemeinheit und soll aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert werden.

### **Private Vorsorge muss auch für Leute mit kleinerem Einkommen möglich sein.**

Wir wollen, dass private Vorsorge für Jedermann attraktiv ist. Gerade diejenigen, die kleine Renten zu erwarten haben, sollen private Vorsorge betreiben können. Dazu muss die Riester-Rente grundlegend reformiert werden. Sie muss weniger bürokratisch und leichter verständlich sein. Aber auch die Förderung muss spürbar steigen. Die staatliche Zulage von 154 Euro

für diese private Vorsorge wurde seit deren Einführung nicht verändert. Dieser Betrag soll deutlich erhöht und eine automatische Anpassung der Zulage angedacht werden. Auch die betriebliche Altersvorsorge muss verbessert werden. Ein Freibetrag in der Grundsicherung für Renten aus einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge soll für langjährig Versicherte ein Anreiz zur ergänzenden Vorsorge sein. Der Staat muss die private Vorsorge respektieren und schützen. Wir wollen auch Eigentumsbildung für Familien erleichtern und verbessern. Wer privat vorsorgt, muss im Alter mehr haben als der, der nicht vorsorgt. Nur durch ausreichend private Vorsorge aller Bevölkerungsteile kann der Lebensstandard im Alter gesichert werden.

### **Wir sagen: Keine Zuwanderung in die Grundsicherung im Alter.**

Eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme lehnen wir entschieden ab. Deshalb muss die Gewährung von Grundsicherungsleistung im Alter an Ausländer an strengere Voraussetzungen geknüpft werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber unseren Bürgern, die mit ihrer Arbeitsleistung einen Beitrag für unsere Sozialsysteme leisten. Für Menschen, die die überwiegende Zeit ihres Erwerbslebens nicht in Deutschland verbracht und dadurch hierzulande weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt haben, dürfen Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht uneingeschränkt gewährt werden.

### **Mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente.**

Wir wollen den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente noch flexibler gestalten. Jeder soll selbst entscheiden können, wann er in den Ruhestand geht. Für Rentner im vorzeitigen Ruhestand sollen die Zuverdienstmöglichkeiten erleichtert werden. Wer freiwillig über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitet, muss dafür auch mehr Rente bekommen.

### **Mehr gesetzliche Rente statt Grundsicherung im Alter.**

Wir wollen, dass der steigende Bedarf an staatlichen Mitteln für die Alterssicherung in die gesetzliche Rente investiert wird und nicht in die Grundsicherung. Wenn in Zukunft die Bekämpfung der Altersarmut zusätzliche staatliche Mittel erfordert, hat für uns die Stärkung der gesetzlichen Rente Vorrang vor der Ausweitung der Grundsicherung. Unsere Bürger sollen mehr Rente bekommen, statt neben ihrer Rente auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen zu sein. Damit stärken wir die gesetzliche Rente und die Anerkennung der Arbeitsleistung unserer Bürger. Zudem wollen wir diejenigen besser absichern, die aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen können.

### **Klares Signal für Alterssicherung durch Leistung.**

Unsere Rente ist Alterssicherung durch Leistung. Sie ist ein von den Bürgern selbst erarbeiteter Anspruch und keine Alimentation durch den Staat. Deshalb ist die sogenannte Lebensleistungsrente der SPD Augenwischerei und ein falsches Signal. Sie benachteiligt diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet und eigene Rentenansprüche erworben haben. Sie würde aus der leistungsgerechten Rente eine zweite Sozialhilfe machen. Eine Abkehr vom Leistungsprinzip wird es mit uns nicht geben.